

(Elke Breitenbach)

geräumt werden. In der Realität ist aber oft nur der vordere Bereich geräumt. Auch damit ist dann der Zugang zum Bus für Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen gesperrt, sofern sie nur den mittleren Eingang nutzen können. Und wie wollen Sie garantieren, dass Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen bei sehr hohem Fahrgastaufkommen in den Bus kommen? Planen Sie eine Mitnahmegarantie? Davon war bisher noch nicht die Rede. Weder Senat noch die BVG geben Antworten auf diese Probleme im Alltag, aber genau darüber müssen wir im Ausschuss reden. Mit den neuen Bussen erleben wir eine Rolle rückwärts, die Mobilität der Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen wird eingeschränkt. Inklusion geht anders. Und deshalb muss hier nachgesteuert werden unter Einbeziehung der Betroffenen, denn sie sind die Experten und Expertinnen in eigener Sache.

Oliver Friederici (CDU) [zu Protokoll gegeben]:

Der erste Teil des Piratenantrags, neu bestellte Busse wieder mit einer zweiten Rampe – und das ist das Entscheidende – nachträglich auszustatten, scheint schon etwas verwunderlich, denn die Piraten müssten eigentlich wissen, dass das konstruktiv bei Bussen gar nicht mehr nachträglich geht, auch vor allem deswegen nicht, weil sie fertig konstruiert sind. Man kann das Vorhaben, wieder eine zweite Rampe einzuführen bei Bussen, gut oder schlecht finden. Wichtig ist doch in erster Linie, dass es der Koalition gelungen ist, dafür zu sorgen, dass alle Busse der BVG bisher und auch künftig an Haltestellen abknicken. Es war der Koalition sehr wichtig, dass dieser Service des besseren Einstiegs bei den Bussen für alle Zeiten gesichert ist. Korrekterweise muss auch hier erwähnt werden, dass sich die Oppositionsparteien diesem Vorhaben der SPD-CDU-Koalition dann angeschlossen haben.

Wir haben in den letzten Tagen gehört und vor allem hier vor dem Abgeordnetenhaus gesehen, dass die neuen BVG-Busse mit breiter zweiter Tür einen sehr viel größeren Raum im Ausstiegsbereich haben werden. Dieser zentrale Bereich macht es sowohl mobilitätseingeschränkten Menschen als auch Fahrgästen mit Kinderwagen deutlich besser möglich, sich nun auf vergrößerter, zentraler Fläche dort im Fahrzeug aufzuhalten. So wird es beispielsweise erstmals möglich sein, dass dieser Personenkreis über zehn direkt erreichbare Sitzplätze verfügen wird. Das ist der Trend im internationalen öffentlichen Transport bei Bussen, nämlich in der Mitte einzusteigen, wo auch zentral mehr Platz zur Verfügung steht. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass mit dieser verlässlichen Aufteilung im Fahrzeug eine Vielzahl von Menschen sehr zufrieden ist. In der Ausschussberatung werden wir sehen, ob die Piraten das auch so sehen können oder neue Argumente liefern können oder wollen.

Präsident Ralf Wieland:

Es wird die Überweisung des Antrags federführend an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales und mitberatend an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr empfohlen. – Ich höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Der Tagesordnungspunkt 15 b wurde bereits als Priorität der Piratenfraktion unter dem Tagesordnungspunkt 3.3 behandelt. Die Tagesordnungspunkte 16 bis 18 stehen auf der Konsensliste.

Ich rufe auf

19. Nr. 19:

Berlin zur Forschungshauptstadt für Alternativmethoden zu Tierversuchen machen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache [17/1875](#)

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/1875-1](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion der SPD. – Herr Kollege Buchholz, bitte schön, Sie haben das Wort!

Daniel Buchholz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen! Meine Herren! Die Fraktionen von SPD und CDU legen heute einen Antrag vor, den die meisten Abgeordneten hier im Haus schon kennen, aber der dieses Mal tatsächlich als eigener Antrag von den Koalitionsfraktionen eingebracht wird. Vor zwei Wochen gab es nämlich zu dem Inhalt schon einmal eine Diskussion, was uns alle nicht daran hindern wird, heute noch einmal dazu zu sprechen. Ich will mich aber kurz fassen. Er lautet: Berlin zur Forschungshauptstadt für Alternativmethoden bei Tierversuchen machen.

Wir wollen damit als Koalitionsfraktionen aufzeigen, dass uns zwei Dinge parallel wichtig sind. Das Land Berlin ist ein Wissenschafts- und Forschungsstandort erster Güte. Und es ist gut, dass wir das sind, wir wollen diesen Status behalten. Genauso wollen wir aber daran arbeiten, dass das, was im letzten Jahr schon mit einem leichten Rückgang möglich geworden ist, dass die Zahl der Tierversuche reduziert wird, wo immer dieses möglich ist.

Wir wollen dafür an drei Stellen ansetzen und fordern den Senat auf, dort verstärkt aktiv zu werden. Zunächst einmal sind gegenüber bisherigen Ansätzen die Belastungen und damit die Leiden für die einzelnen Versuchstiere, wo immer möglich, deutlich zu reduzieren. Zweitens: Wir wollen den Einsatz von Versuchstieren insgesamt, also

(Daniel Buchholz)

die Anzahl, reduzieren. Und wir wollen drittens, wo immer es möglich ist, ohne Tierversuche auskommen, also echte Ersatz- und Ergänzungsmethoden voranbringen.

Da fragen Sie sich vielleicht: Wie kann man das erreichen? – Wir haben dazu schon viele Gespräche geführt, der Kollege Herrmann und ich, nicht nur auf Fachveranstaltungen, sondern auch mit dem Senator und mit der Staatssekretärin Frau Toepfer-Kataw. Wir sind uns absolut darüber einig: Wir können noch etwas nachlegen, aber wir bauen auf einer sehr großen Grundlage auf, denn wir haben in Berlin mit der Freien Universität und mit anderen Universitäten einen Forschungsverbund, der sich mit Alternativen zu Tierversuchen beschäftigt, und dieser ist verbunden mit einem integrierten Graduiertenkolleg. Wir haben gleichzeitig einen Expertenpool, wie haben gleichzeitig Professoren und Juniorprofessoren, die wir unterstützen, die wir nicht nur noch verstärken wollen – das Land Berlin unterstützt jetzt eine eigene Professur des letztjährigen Empfängers des alternativen Tierversuchpreises –, sondern wir wollen auch den Studierenden im Studium frühzeitiger und intensiver als bisher aufzeigen, dass es darum geht, dass man nicht alles mit Tierversuchen machen muss.

Wir wissen, wir können heute nicht vollständig darauf verzichten. Wer das verspricht – das haben auch Anhörungen hier im Parlament gezeigt –, verspricht zu viel. Aber es gibt Alternativen, die wir voranbringen wollen. Das können und wollen wir mit diesem Antrag.

Nachdem der ausgelobte Landespreis für alternative Forschungsmethoden lange nur durch den Tierschutzverein und die Pharmaindustrie unterstützt wurde, ist uns in dem Antrag auch noch wichtig – das ist der zweite Punkt von SPD und CDU –, dass er nun endlich auch vom Land Berlin zu unterstützen ist. Wir halten es für überfällig, dass wir als Land Berlin zeigen: Uns sind die Alternativen zu den bisherigen Tierversuchen mindestens genauso wichtig wie die Ergebnisse von wissenschafts- und forschungspolitischen Erkenntnissen und Kolloquien.

Ich darf noch ganz kurz auf den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion eingehen – Kollegin Hämmerling sitzt schon bereit. Ihre Forderung dort ist, glaube ich, nur eine sehr leichte Abwandlung von dem, was Sie schon einmal im Parlament beantragt haben. Damals sagten Sie, Sie wollen gerne 5 Euro pro verbrauchtem – ich benutze mal diese Formulierung – Versuchstier. Da haben wir, glaube ich, gemeinsam feststellen müssen, dass das rechtlich schlichtweg nicht möglich ist. Jetzt haben Sie einen Antrag, der lautet, für diese Alternativen sollen künftig 5 Prozent der für die Tierversuchsforschung bewilligten Mittel bereitgestellt werden. Wenn das vom Land bewilligte Mittel wären, könnte man vielleicht noch darüber reden, aber man bewilligt auch Forschungs- und Untersuchungsvorhaben bei privaten Institutionen, bei Forschungseinrichtungen, bei Pharmainstitutionen. Sie kön-

nen ihnen ihre Forschungen nicht verbieten – das können und wollen wir nicht; das geht als Landesgesetzgeber nicht –, aber da ist auch die Frage, wie Sie dort 5 Prozent der Mittel abziehen wollen. Das wäre juristisch eine äußerst schwierige Debatte, und da glauben wir, dass wir dem heute nicht zustimmen können.

Wir setzen darauf, dass die Reduzierung von Tierversuchen – diese drei R: replace, reduce, refine –, wo immer möglich, angegangen wird. Das sind dann Dinge wie künstliche Haut. Das sind auch Dinge wie Chips, wo man heute versucht, menschliche Prozesse nachzubilden. Das funktioniert, und das funktioniert immer besser. Wir wollen das verstärken, und wir bitten dafür um Ihre Unterstützung und gleich bei der Abstimmung um Ihre Stimme. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Frau Kollegin Hämmerling – bitte schön!

Claudia Hämmerling (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Koalition! Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem ersten Antrag zu Tierversuchen, zum Tierschutz überhaupt in dieser Legislaturperiode. Das haben Sie fein gemacht, und ich bin glücklich darüber, dass wir als Initiatoren mit unserem Antrag dazu beitragen konnten.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Nicht nur ich, sondern auch die Techniker sind skeptisch, was Ihr Antrag eigentlich zu bedeuten hat, denn auf der digitalen Anzeigetafel steht:

Berlin zur Forschungshauptstadt für alternative
Tierversuche machen

Sie wollen also alternative Tierversuche. Es soll bei den Tierversuchen bleiben.

[Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)]

– Schauen Sie sich an, was da steht! – Und genau dabei wird es bleiben, wenn Ihr Antrag so, wie er formuliert ist, heute hier durchkommt. Denn das ist nichts, was neu ist. Das Drei-R-Prinzip ist Rechtslage. Wenn es zugelassene Ersatzmethoden sind, Herr Buchholz, das wissen Sie sicherlich, ist es verboten – es ist verboten! –, dann auf Tierversuche zurückzugreifen. Deswegen brauchen Sie so etwas nicht in den Antrag zu schreiben.

Und leider muss ich erneut Frau Bentele zitieren: Ihr Antrag ist genauso dünn wie das letzte Mal, quasi ein Vakuum.

[Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

(Claudia Hämmerling)

Wir meinen, Sie sollten endlich substantiierte Politik betreiben, anstatt sich ständig in Oppositionsbashing zu ergehen.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Kollegin! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Buchholz?

Claudia Hämmerling (GRÜNE):

Ja klar, gerne!

Daniel Buchholz (SPD):

Vielen Dank, Kollegin! Ich darf Sie vielleicht darauf hinweisen, wenn auch in der Frageform: Ist Ihnen bekannt, dass unser Antrag eine andere Überschrift hat? Er lautet:

Berlin zur Forschungshauptstadt für Alternativmethoden zu Tierversuchen machen

Leider wird das von der technischen Regie verkürzt dargestellt. Das ist nicht Überschrift oder Inhalt unseres Antrags. Wissen Sie das, Frau Hämmerling?

Claudia Hämmerling (GRÜNE):

Ja, natürlich weiß ich, was Sie aufgeschrieben haben. Ich habe es ja genau so erklärt. Sie haben etwas anderes aufgeschrieben, als in dem Antrag steht und von den Technikern wahrgenommen werden konnte. Weder die Techniker noch die Öffentlichkeit kann aus dem, was in dem Antrag steht, das schließen, was in der Überschrift als große Vorausschau angeboten wird.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

In Ihrem Antrag steht: Wir wollen 15 000 Euro für einen Forschungspreis, nämlich für den Preis, den der Senat Jahr für Jahr vergibt. – Was ist das für ein Antrag? – Das ist das größte politische Leichtgewicht, das wir hier jemals diskutiert haben.

[Martin Delius (PIRATEN): Das stimmt!]

Wir meinen, eine parlamentarische Initiative für 15 000 Euro ist einfach nur peinlich.

[Martin Delius (PIRATEN): Das ist billig!]

Wie Sie wissen, unterstützen wir jede Initiative zum Tierschutz, also auch Ihren Antrag. Deswegen haben wir gesagt, wir wollen ihn aufwerten und einen Änderungsantrag stellen. Wir schlagen vor, dass 5 Prozent der Tierversuchsfördersummen, die, egal aus welchem Topf, hier in Berlin ankommen, für Ersatzmethoden bereitgehalten werden. Und da geht es nicht um das Geld, das Berlin bezahlt, oder um Geld, das sonst jemand bezahlt, sondern es geht darum, dass die Deutsche Forschungsgesellschaft einen riesengroßen Topf von 2,5 Milliarden Euro hat, und aus diesen 2,5 Milliarden Euro werden völlig problemlos

alle Tierversuchsvorhaben finanziert. Und es gibt so gut wie nichts für Ersatzmethodenforschung. Wir haben das recherchiert. Aus den 2,5 Milliarden Euro fließt ein Löwenanteil, eine Summe, die an die Milliarde grenzt, in die Tierversuche, und in die Ersatzmethoden fließen – bundesweit – 10 Millionen Euro. In Berlin kommt so gut wie gar nichts an. Und Sie wollen mit Ihrem Preis dieses Ungleichgewicht totschiessen.

Nein, vor dem Ersatzmethodenforschungspreis kommt die Ersatzmethodenforschung, und wir wollen, dass für die Ersatzmethodenforschung Geld bereitgestellt wird. Dann muss man irgendwann einmal ein Bekenntnis dazu abgeben. Aber mit Ihrem Antrag und mit der gewollten Überschrift werden Sie Berlin nicht zur Hauptstadt für Ersatzmethoden machen, sondern wir bleiben weiter Bummelkletter, denn den Forschungspreis haben alle Bundesländer, bloß wir nicht. Nur: Wir finanzieren ihn nicht.

[Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)]

Es macht politisch überhaupt keinen Sinn, immer weiter Informationen aus Tierversuchen zu sammeln. Sie wissen doch, die Basics – Ibuprofen, Penicillin, Aspirin, Insulin – wären nach den heutigen Tierversuchsstandards nicht zugelassen worden. Wir hätten diese Medikamente nicht. Vergewissern Sie sich dieser Tatsache, und überlegen Sie, welche Konsequenzen das hat für die Erforschung von Methoden, die genauer sind als diese ungenauen und schlechten Tierversuche.

[Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)]

Wie viele Medikamente sind nicht erforscht worden, weil sie am falschen Modell getestet worden sind, nämlich am Tier. Was da passiert, ist ethisch und gesundheitspolitisch völlig abwegig.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Wir fordern Sie auf, endlich einer Forschung zuzustimmen, die genauere Methoden bringt, die auf Menschen übertragbar ist. Sie haben die Methoden selbst genannt: Multiorganchips etwa, es gibt Hautmodelle, es gibt bebrütete Hühnereier. Aber es gibt sehr viele Methoden, die noch in der Forschung sind oder darauf warten, dass sie erforscht sind. An „Human Brain Project“, einem internationalen, globalen Projekt, beteiligt sich Berlin überhaupt nicht. Kümmern Sie sich darum, dass wir in diese Forschung investieren, und dann werden wir zur Hauptstadt für Ersatzmethoden, aber nicht mit Ihrem Antrag! – Schönen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Herrmann das Wort. – Bitte schön!

Alexander J. Herrmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Hämmerling! Bei der letzten Rede vor vier Wochen habe ich nach Ihrem Beitrag durchaus gedacht, Ihnen gehe es um die Sache, gehe es um den Tierschutz. Dann hat Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Ihren Antrag zurückgezogen. Am Ende ging es Ihnen um Politik, nicht um die Sache – das möchte ich hier erst einmal festhalten –, auch wenn ich Sie sonst in der Sache schätze.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wenn Sie heute all das wiederholen, was Sie vor vier Wochen, was Sie all die anderen Tage gesagt haben, dann wird es davon nicht besser, dann wird es davon nicht richtiger.

[Beifall von Daniel Buchholz (SPD)]

Ich spare mir daher meine Wiederholungen, das habe ich alles schon einmal vor vier Wochen erzählt. Ich habe Ihnen gesagt, wir sind nicht Tierversuchshauptstadt. Das ist Quatsch. Die Zahlen stimmen nicht – das hat Herr Beermann gesagt –, sondern ganz im Gegenteil. Der Kollege Buchholz, der heute das erste Mal reden durfte, hat das noch einmal sehr stark und gut zusammengefasst. Wir sind dort auf gutem Weg, wir sind ein Forschungs-, wir sind ein Wissenschaftsstandort in Berlin mit exzellentem Ruf, mit Weltruf. Und an den Universitäten, Sie haben es selbst aufgezählt: Multiorganchip etc. pp. Dort wird Forschung betrieben eben für Alternativen zu Tierversuchen. Das ist der richtige Weg. Dafür setzen wir uns mit unserem Antrag ein. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Zu Ihrem Änderungsantrag: Auch das ist etwas, was Sie vor vier Wochen schon einmal mit leicht anderen Worten, mit leicht anderen Formulierungen vorgetragen haben. Mir ist selbst, nachdem ich Sie eben angehört habe, nicht klar, woher, aus welchem Topf diese 5 Prozent kommen sollen und welche Basis diese 5 Prozent haben. Das gibt so viele Tierversuche, die dort an Universitäten in der Ausbildung stattfinden, das alles zu erfassen – mir ist weder die Datenbasis klar noch ist mir klar, wer es bezahlen soll. Insofern kann ich nur empfehlen, den Änderungsantrag abzulehnen und dem Antrag der Koalition zuzustimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Für eine Kurzintervention hat jetzt Frau Kollegin Hämmerling das Wort. Das ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die dritte. Das wissen Sie, okay.

Claudia Hämmerling (GRÜNE):

Ich muss das jetzt hier zurückweisen, Kollege Herrmann,

[Oliver Friederici (CDU): Sie wollen immer das letzte Wort haben! Das ist Ihr Problem!]

dass es mir hier um Politik geht und nicht um Tierschutz. Ich bin Politikerin. Natürlich mache ich hier auch Politik. Aber es geht mir um Tierschutz, und es geht um Tierversuche, und es geht darum, endlich etwas zu tun, damit man aus diesem Tierversuchsteufelskreis herauskommt.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den PIRATEN]

Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, Ihre Frage, was wir hier in Berlin tun können: Sie können doch ganz viel tun. Sie können z. B. dem MDC 24 Millionen Euro für einen neuen Mäusebunker bewilligen, Sie können 60 Millionen Euro bewilligen für einen neuen Mäusebunker der Charité. Warum können Sie nicht kreativ sein und mit den Leuten, die an Ersatzmethoden forschen wollen, etwas finden, was die Ersatzmethoden stützt? Warum können Sie das nicht? Da fehlt es doch. Sie sind auf diesem Auge völlig blind.

Und dass ich den Antrag das letzte Mal zurückgezogen habe, hat einen ganz simplen Grund. Wir haben ein konkretes Anliegen. Wir wollten einen Forschungsfonds für Ersatzmethoden. Das wollten Sie nicht. Sie wollten 15 000 Euro für einen Forschungspreis. Ich wiederhole: Es geht in der Erforschung von Ersatzmethoden nicht in erster Linie um einen Preis; den Preis bekommt man dann, wenn man eine Forschung gemacht hat.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Marion Platta (LINKE)]

Die Forschung, Herr Herrmann, Herr Buchholz, ist nur möglich, wenn ich Geld in die Hand nehme. Wenn man kein Geld in die Hand nimmt, dann passiert nichts. Ersatzmethoden, wie sie Herr Buchholz geschildert hat, sind nur entwickelt worden, weil die Forscher aus den ganz spärlichen Sondertöpfen Geld bezogen haben. Das muss sich ändern. Das können wir ändern. Das müssen wir jetzt ändern.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Dann hat der Kollege Herrmann noch einmal das Wort.

Alexander J. Herrmann (CDU):

Vielen Dank, Frau Kollegin Hämmerling, für diese Kurzintervention!

[Heiterkeit bei der CDU]

(Alexander J. Herrmann)

In der Tat: Sie sind engagiert. Ich habe auch gesagt, Ihr parlamentarischer Geschäftsführer hat aus politischen Gründen den Antrag zurückgezogen, nicht Sie. Ich schätze Sie, das habe ich auch gesagt, für Ihr politisches Engagement für den Tierschutz, aber Ihr Weg ist der falsche. Darauf habe ich hingewiesen. Dabei bleibe ich. Am Ende ist die Forschung – –

[Zuruf von Claudia Hämmerling (GRÜNE)]

– Wollen Sie noch einmal? Dann gehe ich wieder an meinen Platz und höre Ihnen zu. Aber ich habe es eben bei Ihnen gemacht, dann sollten Sie auch mir zuhören.

[Anja Kofbinger (GRÜNE): Aber es ist doch alles Quatsch!] –

– Wenn alles Quatsch ist, soll ich das sein lassen?

[Zuruf von den GRÜNEN: Ja!]

Dann kommen Sie doch. Das ist doch schön, aber ich hatte doch auch zugehört, dann sollten Sie doch den Anstand wenigstens haben, Frau Kollegin, auch mir zuzuhören.

[Beifall bei der CDU –

Anja Kofbinger (GRÜNE): Es wird nicht besser!]

– Es wird nicht besser, lassen Sie es! Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, dass die Forschung, die der Kollege Buchholz auch angesprochen hat, an den Berliner Universitäten stattfindet. Das sind nicht kleine Töpfe, das sind große wichtige Universitäten mit großen Töpfen. Auch da Dank an die Wissenschaftsverwaltung. Danke!

[Beifall bei der CDU –

Thomas Birk (GRÜNE): Sie lügen sich in die Tasche! –
Claudia Hämmerling (GRÜNE): Leider keine Ahnung!]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke jetzt Frau Platta. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Marion Platta (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir setzen tatsächlich die Debatte vom 18. September hier im Haus fort. Der heute vorliegende Antrag der Koalition hat die eigenen Ansprüche aus der Debatte damals allerdings bisher nicht erfüllt.

Alternativmethoden zu Tierversuchen sollen gefördert werden und den Forschungsstandort Berlin stärken.

Das war der letzte Satz des Kollegen Karge von der SPD beim letzten Mal. Diese Aussage ist inhaltlich richtig und hat unsere Unterstützung. Was sagt aber nun Ihr Antrag über Förderung? – Er benennt Forschungsmethoden für die Förderung, die sich an dem seit über 50 Jahren bekannten 3-R-Prinzip orientieren. Wenn man die Nummerierung dazu ernst nimmt, stehen die Ersatz- und Ergänzungsmethoden immer noch an letzter Stelle in Ihrem

Antrag. So werden für die Forschungshauptstadt keine Schwerpunkte gesetzt.

Die Linke hat in ihrer Regierungszeit mit der Berufung des Landestierschutzbeauftragten und der ersten Ausrichtung eines Symposiums über Alternativen zu Tierversuchen 2008, gefolgt von einem zweiten Symposium 2010, wichtige Akzente gesetzt, um dieses Thema in der Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit besser zu beleuchten und zu diskutieren. Dass das dritte Symposium erst vor wenigen Wochen stattgefunden hat und so ein zeitliches Loch entstanden ist, verantwortet nun der heutige Senat. Gern können wir uns auch noch Zahlen näher betrachten, um Erfolge zu bewerten. Sie kennen die Tierzahlen aus den jährlichen Listen des Landesamts für Gesundheit und Soziales und die dazugehörigen Aufschlüsselungen von der Anzahl der verwendeten Tiere bis zur Anzahl der für wissenschaftliche Zwecke getöteten Tiere. Die jährlichen Zuwächse in den Jahren 2007 bis 2010 lagen zwischen 0,8 Prozent und 5,2 Prozent. 2011 konnte erstmals gegenüber einem Vorjahr eine Reduzierung der Anzahl der verwendeten Tiere von 2,2 Prozent erreicht werden.

Und an dieser Stelle – es wird ja weitergeforscht – nutze ich hier die Gelegenheit und danke den Mitgliedern der Tierversuchskommission, spreche ihnen meine Hochachtung aus, die sicherlich nach wie vor vor schwierigen Entscheidungen stehen, wenn es immer wieder darum geht, die Verwendung von Versuchstieren zu prüfen und verantwortungsvoll zu agieren.

Zu einem Anstieg der Zahlen gegenüber 2011 kam es erst, nachdem die SPD-CDU-Koalition wieder regierte. Es gab nämlich gegenüber 2011 einen Anstieg von 16 Prozent bzw. 12 Prozent in den Jahren 2012 und 2013. Die Zahlen liegen schon vor, Herr Buchholz. Inwieweit diese Entwicklung für die Forschungshauptstadt für Alternativmethoden zu Tierversuchen spricht, können Sie selbst beurteilen.

Ungelöst im Koalitionsantrag ist nach wie vor die Finanzierung der zu erwartenden Forschung an Ersatzmethoden zu den Tierversuchen. Hier zu Fortschritten zu kommen, ist eine wichtige Aufgabe. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will diese Lücke schließen. Er fordert die Schaffung von Grundlagen für die Forschung an Ersatzmethoden. Richtlinien und Gesetze zu diesen gibt es ja bereits. Das 3-R-Prinzip ist hier schon mehrfach genannt worden. Aber finanzielle Mittel braucht es eben verstärkt auch. Deshalb unterstützen wir den Ansatz im Änderungsantrag, solange es keine anderen Vorschläge aus der Koalition gibt.

Der Berliner Landespreis zur Förderung der Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden für Tierversuche in Forschung und Lehre ist für 2015 bereits durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz auslobt. Die Bewerbungsfrist läuft bis 31. März 2015. Es ist

(Marion Platta)

gut, dass sich der Verband der forschenden Pharmaunternehmen an diesem Preis beteiligt. Ich wünsche allen Forschern aus Berlin und Brandenburg viel Erfolg bei dieser Beteiligung und besonders eben auch in der Forschung.

Fazit: Im Koalitionsantrag nichts Neues. – Da danke ich also für die Diskussion auch am heutigen Tage.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Platta! – Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Kowalewski. – Bitte!

Simon Kowalewski (PIRATEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Dieses Déjà-vu, weil die Koalition den Änderungsantrag aus der letzten Sitzung einfach als neuen Antrag eingereicht und sogar die ursprüngliche Überschrift beibehalten hat, werde ich jetzt ganz kurz machen, unseren Beitrag dazu. Das, was ich in der letzten Sitzung inhaltlich gesagt habe, brauche ich nicht zu wiederholen. Das finden Sie im Protokoll.

Der Antrag wird leider dieser Überschrift nicht gerecht, denn wenn es in Berlin gute Forschung an Ersatzmethoden gibt – und die gibt es zweifellos –, dann eben nicht wegen, sondern trotz der Senatspolitik. Das ändert dieser Antrag jetzt auch deswegen nicht, weil er weder die Forschung mit Tierversuchen erfolgreich eindämmen kann und das eigentlich auch noch nicht mal wirklich will, sondern auch keine Mittel bereitstellt, also zumindest keine sichtbaren Mittel – ich habe in diesem Antrag keine einzige Zahl gesehen –, um die Forschung an Alternativmethoden zu fördern, also vorher zu fördern. Hinterher, wenn dann die Forschung erfolgreich war und es einen Preis gibt, den wollen Sie jetzt unterstützen, das ist prima, das ist gut, aber Forschung muss auch erst mal finanziert werden, sonst kann man sie hinterher auch nicht auszeichnen.

Ich hatte trotzdem letztes Mal, weil wir es besser finden, wenn überhaupt was passiert, als wenn gar nichts passiert, unsere Zustimmung zu dem geänderten und von den Grünen dann zurückgezogenen Antrag angekündigt. Das tue ich auch jetzt wieder. Aber es wäre doch toll, wenn wir hier heute ein klares Zeichen für die Forschungshauptstadt für Alternativmethoden setzen können. Die kennen Sie aus dem Antragstitel. Und das geht ganz einfach: Die Koalition, also Sie, stimmen dem Änderungsantrag zu, und dann stimmen wir alle einstimmig dem geänderten Koalitionsantrag zu.

[Beifall bei den PIRATEN und den GRÜNEN –
Martin Delius (PIRATEN): Großartiger Vorschlag! –
Anja Kofbinger (GRÜNE): Genial!]

Und wo ist auch das Problem bei diesem Änderungsantrag? – Es geht hier um 5 Prozent des Etats, die da gefordert werden. Und das ist jetzt auch nicht Geld, das irgendwo verschwinden soll. Das Geld soll, wie wir alle gesagt haben, in vernünftige Forschung gehen, die den Forschungsstandort Berlin wirklich nach vorne bringt und zukunftsfähiger macht. Also noch mal: Einstimmige Zustimmung zu dem ersten Tierschutzantrag der Koalition in dieser Legislaturperiode, das können wir heute schaffen, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Yes, we can. – Danke schön!

[Beifall bei den PIRATEN und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Kowalewski! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es sind sofortige Abstimmungen beantragt.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die Linksfraktion und die Piratenfraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der CDU und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltung. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer nun dem Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 17/1875 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der CDU, der Piraten und der fraktionslose Abgeordnete. Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und die Linksfraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Punkt 20 der Tagesordnung war bereits die Priorität der Fraktion Die Linke unter Punkt 3.2 der Tagesordnung. Der nach der Dringlichkeitsliste vorgesehene Punkt 20 A der Tagesordnung wird im Einvernehmen mit der antragstellenden Fraktion Die Linke heute nicht aufgerufen.

Ich komme zur

lfd. Nr. 20 B:

Nein zur sogenannten Mietpreisbremse der Bundesregierung

Dringlicher Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/1892](#)

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. In der Beratung beginnt die Fraktion Die Linke. Das Wort hat Frau Abgeordnete Lompscher. – Bitte sehr!